



Dr. Sarah Schmid

ist Referentin für Verfassung, Europäische Integration und
Gesellschaftliche Partizipation in der Akademie für Politik und
Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung München.

/// Mobilisierungspotenzial einer rechten Sammelbewegung im EU-Parlament

Das „christliche Abendland“ als tragfähiges Bindeglied?

Zur dauerhaften Zusammenarbeit rechter Parteien ist es im EU-Parlament nie gekommen – zu groß waren die ideologischen Fliehkräfte und zu schwach die Fraktionsdisziplin. Inwieweit die aktuellen Versuche einer Einigung unter dem Banner der (selbst attestierten) christlich-abendländischen Identität Aussicht auf Erfolg haben, analysiert dieser Beitrag.

Einführung

Vor dem Mailänder Dom versammelten sich am 19. Mai 2019 Rechtspopulisten aus elf EU-Mitgliedsstaaten, um eine neue europäische Sammelbewegung aus der Taufe zu heben. Als Hauptredner der Kundgebung war der damalige italienische Innenminister und Vorsitzende der Lega, Matteo Salvini, angekündigt, der sodann – mit einem Rosenkranz in den Händen – sich und alle Anwesenden dem „unbefleckten Herzen“ der Gottesmutter Maria empfahl. Dem christlichen Selbstverständnis dieser Allianz stellte Geert Wilders von der niederländischen Partei für die Freiheit (PVV) mit den Worten „basta Islam“ umgehend auch deren designiertes Feindbild gegenüber.¹

Als Ziel der Sammelbewegung formulierte Salvini die Bildung einer „Lega der Legas“,² einer geeinten, rechtspopulistischen Fraktion im europäischen Parlament, auf die ein Drittel der Abgeordneten entfallen solle.³ Mit diesem Projekt reiht er sich in eine lange Traditionslinie ein. Doch Versuche, die Rechte im europäischen Parlament zu einen, haben sich in der Vergangenheit

Bereits 2019 plante Salvini eine neue europäische Sammelbewegung der Rechten.

aufgrund der national orientierten Interessenlagen und weltanschaulichen Partikularinteressen der betroffenen Parteien immer als wenig erfolgreich erwiesen.⁴

Exemplarisch zeigt sich dies anhand der 2007 gegründeten Fraktion „Identität, Tradition und Souveränität“, die binnen weniger Monate wieder zerfiel, da die notwendige Fraktionsgröße unterschritten wurde. Ursächlich hierfür war der Fraktionsaustritt von fünf Vertretern der Großrumänien-Partei, nachdem die EU-Parlamentarierin Alessandra Mussolini rumänischen Einwanderern in Italien einen kriminellen Lebensstil attestiert hatte.⁵

**Die rechten Parteien
sind bisher im
Europaparlament
sehr zersplittert.**

Auch am Vorabend der EU-Parlamentswahlen 2019 präsentierten sich die rechten Parteien Europas als äußerst zersplittert. Im scheidenden EU-Parlament bildete die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (ERK) mit 77 Sitzen die drittgrößte Fraktion. Auf die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) entfielen 42 Sitze und die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF), zu der auch die Lega und die französische Rassemblement National (RN) gehören, schlussendlich 36 Sitze.⁶ Hinzu kamen elf Vertreter der ungarischen Fidesz, deren Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei zu diesem Zeitpunkt bereits suspendiert war, sowie einige fraktionslose Abgeordnete.⁷

Im Lichte der ideologischen Zentrifugalkräfte, die das Verhältnis der rechten Parteien auf europäischer Ebene bis dato geprägt haben, erweist sich Salvinis Ziel einer Einigung folglich als äußerst ambitioniert. Im Rahmen dieses Beitrags soll analysiert werden, ob sich das Narrativ einer geteilten und durch den Islam akut bedrohten christlichen Identität als geeignet erweist, um die rechten Parteien im Europäischen Parlament zu einen und deren Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

In einem ersten Schritt wird anhand repräsentativer Beispiele herausgearbeitet, inwieweit sich die rechtspopulistischen Parteien Europas als dezidiert christlich darstellen und den Islam als kontrastierendes Feindbild kultivieren. In einem zweiten Schritt ist die politische Tragfähigkeit dieses geteilten Weltbildes⁸ hinsichtlich der 2019 neu gegründeten Fraktion Identität und Demokratie (ID) auf quantitativer und qualitativer Ebene zu analysieren.

Selbst- und Feindbildkonstruktion rechter Parteien in Europa

„Das offensichtlich erfolgreichste Mobilisierungsargument aktueller Rechtspopulisten ist die Ablehnung muslimischer Zuwanderung und der Kampf gegen die ‚Islamisierung des Abendlandes‘“,⁹ konstatiert Gert Pickel. In der Tat zeigt sich im europäischen Querschnitt, dass rechte Parteien verstärkt das Motiv eines Religions- und Kulturkampfes bedienen. Diese Entwicklung kristallisierte sich mit den terroristischen Anschlägen von 2001 heraus und erfährt seit 2015 im Kontext der Asyl- und Migrationsfrage eine zusätzliche Verschärfung.¹⁰

Besonders prononciert spiegelt sich diese Dynamik am Beispiel der italienischen Lega wider. Präferiertes Feindbild der norditalienischen Regionalpartei bot seit ihrer Gründung zumeist die so genannte „Roma ladrona“, also die als korrupt wahrgenommenen politischen Hauptstadteliten, die – so die Wahrnehmung der Lega – Steuergelder aus dem Norden im strukturschwachen Süden versickern ließen. Unter Salvini verlor diese zentrale Konfliktlinie stark an Relevanz, stattdessen wird die perzipierte Bedrohung der christlichen Identität (Gesamt-)Italiens durch eine „muslimische Massmigration“ fokussiert. Dass selbst hochrangige Kirchenvertreter bis hin zum Heiligen Vater, Papst Franziskus, dieses Narrativ ablehnen, hat bis dato nicht zu einer Minderung von dessen Mobilisierungspotenzial beigetragen.¹¹

Ein ambivalenteres Bild bietet der französische Rassemblement National (RN), der sich unter Marine le Pen vom katholischen Traditionalismus seines Parteigründers entfernt hat. Um eine größere Wählergruppe binden zu können, profiliert sich le Pen als Kämpferin für ein laizistisches Frankreich sowie die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten, die es vor einem reaktionären Islam zu schützen gelte. Zentraler Fluchtpunkt dieser Weltanschauung ist nicht das Christentum, sondern die säkulare Republik. Gleichwohl existieren innerhalb der Partei auch weiterhin katholisch-traditionalistisch geprägte Strömungen, die das alte Stammklientel binden.¹²

Auch die AfD recurriert – trotz vereinzelter religionskritischer Aussagen ihrer Mitglieder – auf das Motiv des christlichen Abendlandes, das durch den Islam bedroht sei.¹³ Das Christentum erweist sich dabei sogar unter den konfessionell nicht gebundenen Anhängern der Partei als starker Identitätsmarker.¹⁴ Ein ähnliches Muster manifestiert sich auch in vergleichsweise säkularen europäischen Staaten wie Finnland, Schweden oder der Tschechischen Republik, in denen rechte Parteien mit der Konstruktion eines religiösen Antagonismus zwischen Christentum und Islam reüssieren.¹⁵

Gemeinsames Feindbild der europäischen Rechten ist der Islam.

Rechte Parteien verbreiten ein Narrativ des Bevölkerungsaustausches.

Auch für die ungarische Fidesz und polnische Prawo i Sprawiedliwość (PiS) erweist sich dieses Motiv der Wertebedrohung als zentraler ideologischer Baustein. 2016 rufen die Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński und Victor Orban eine „kulturelle Gegenrevolution“ aus und beklagen eine territoriale und spirituelle Grenzenlosigkeit des Westens. Europa, so die Forderung, müsse re-christianisiert werden.¹⁶

Anhand der skizzierten Beispiele zeigt sich zudem die Anschlussfähigkeit dieses Topos an gesellschaftspolitische Fragen: Die Öffnung der Ehe, die Legalität und Verfügbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen sowie die nachlassende, gesellschaftliche Prävalenz des traditionellen Familienmodells mit einem (männlichen) Hauptverdiener werden in Teilen auch von Christen und Konservativen abgelehnt.¹⁷ Rechte Parteien verknüpfen diese Kritik jedoch zusätzlich mit einem Narrativ der Überfremdung und des Bevölkerungsaustausches, der durch den Dualismus zwischen einer demographisch schrumpfenden Mehrheitsbevölkerung und kinderreichen, muslimischen Migranten befeuert werde. Die Ablehnung von Abtreibungen beispielsweise erfolgt vor diesem Hintergrund nicht primär aus moralisch-theologischen Motiven, sondern weil gerade extrem rechte Parteien Kinder als „Ressource“ in einem „demographischen Kampf“ betrachten.¹⁸

Die ID-Fraktion im EU-Parlament: eine erste Bilanz

Fraktionsgründung

„Ob heuer [...] die Abwehr von Migration und ‚Islamisierung‘ und der Kampf gegen die angeblich machtbesessenen und volksfeindlichen politischen Eliten ein starkes Band für gemeinsames Handeln bilden, dürfte sich schon bei der Fraktionsbildung erweisen“,¹⁹ prognostizierte Richard Stöss mit Blick auf die Erfolgchancen einer Einigung rechter Kräfte im EU-Parlament. Nachdem sich das neu gewählte Europäische Parlament im Juli 2019 konstituiert hat und die Fraktionen gebildet sind, lässt sich hierzu eine erste Bilanz ziehen: Die von Salvini ins Leben gerufene ID-Fraktion hatte in der 9. Legislaturperiode anfangs 73 Sitze inne. Damit bildete sie die fünfgrößte Fraktion des EU-Parlaments. Nach dem Vollzug des Brexits und Ausscheiden der britischen Parlamentarier stieg die Zahl ihrer Sitze auf 76, wodurch sie nach der christdemokratischen EVP, der sozialdemokratischen S&D und dem liberalen Renew Europe zur viertgrößten Fraktion aufstieg. Insgesamt sind in der Fraktion Abgeordnete aus zehn europäischen Parteien vertreten.²⁰

Mit Blick auf die geringe Größe der ENF-Fraktion (36 Sitze), aus der die ID-Fraktion in erster Linie hervorgegangen ist, kann an dieser Stelle ein klarer Wachstumstrend ausgemacht werden. Dieser setzt sich jedoch zum Teil aus Stimmgewinnen im eigenen Lager zusammen. So hat etwa die Lega in der 9. Legislaturperiode 23 Sitze dazugewonnen. Es ist aber auch gelungen, Parteien wie die AfD, die Dänische Volkspartei (DF) und die finnische Perussuomalaiset (PS) von einem Fraktionswechsel zu überzeugen. Schlussendlich konnten zudem neu im Parlament vertretene Parteien wie die Estnische Konservative Volkspartei (EVP) und die tschechische Svoboda a přímá demokracie (SPD) an die Fraktion gebunden werden.²¹ Nicht zuletzt hat auch der Grad an Fragmentierung im rechten Lager abgenommen, was aber primär dem Brexit – und damit verbunden dem Ausscheiden euroskeptischer britischer Abgeordneter aus dem EU-Parlament – geschuldet ist.²²

Gleichzeitig bleibt die ID mit 76 von 705 Sitzen weit hinter dem selbstgesteckten Ziel, ein Drittel der Abgeordneten auf sich zu vereinen, zurück. Im Vorfeld der EU-Wahlen waren intensive Anstrengungen unternommen worden, insbesondere die PiS und die Fidesz für eine gemeinsame Fraktion zu gewinnen. Diese erwiesen sich letzten Endes aber als fruchtlos.²³

Ursächlich für die Ablehnung der PiS war die pro-russische Orientierung seitens der an der Fraktionsbildung beteiligten Parteien gewesen.²⁴ Denn während die PiS Russland in erster Linie als Sicherheitsbedrohung wahrnimmt, sehen die AfD, RN, FPÖ oder Lega im Kreml verstärkt eine Schutzmacht christlich-traditioneller Werte sowie Bewahrerin nationaler Identität und wollen sich geopolitisch stärker gen Osten orientieren.²⁵

Polen hatte mit der pro-russischen Einstellung der anderen Parteien der ID-Fraktion ein Problem.

Auch die Fidesz lehnte einen Beitritt in die ID-Fraktion ab, obgleich sich deren Vorsitzender Orban vor der Wahl in Migrationsfragen öffentlichkeitswirksam mit Salvini ausgetauscht hat.²⁶ Nach außen begründet wurde dieser Schritt nie, allerdings werden Differenzen mit le Pens RN als Erklärungsansatz bemüht. Zudem scheint Orban einen endgültigen Bruch mit der EVP vermeiden zu wollen. Ob und inwieweit die ID langfristig den Weg der bisherigen Rechtsfraktionen im EU-Parlament geht, die ja alle mit ideologischen Zentrifugalkräften und geringer Fraktionsdisziplin zu kämpfen hatten, ist indes noch offen. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich ein Austritt aus der EVP-Fraktion nicht zuletzt als unkalkulierbares Risiko.²⁷

Für die ID ist Einwanderung mit Terrorismus und Islamisierung verbunden.

Positionierung im Parlament

Eine umfassende Analyse der inhaltlichen Positionierung der ID-Fraktion kann mit Blick auf die kurze Dauer ihres Bestehens im Rahmen dieses Beitrages nicht geleistet werden. Das bisherige parlamentarische Wirken und die politische Kommunikation der Fraktion sollen jedoch an dieser Stelle mit geeigneten Beispielen illustriert werden: Bereits in ihrem Gründungsdokument referiert die ID-Fraktion mehrmals auf das Christentum und definiert „the Greek-Roman and Christian heritage as the pillars of European civilization“.²⁸ Als Zielvorstellung formuliert sie den Schutz der Identität der Bürger und Nationen in Europa und verknüpft dies mit der Forderung nach einer Begrenzung von Einwanderung, die stilistisch eng mit Terrorismus und Islamisierung als konkrete Bedrohungen verknüpft wird.²⁹ Das Narrativ eines christlichen Abendlandes, das durch Einwanderung aus muslimisch geprägten Staaten bedroht werde – entweder direkt durch terroristische Gewalt oder indirekt durch Identitätsverlust –, findet an dieser Stelle folglich bereits Verwendung.

Auch im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit versucht die ID-Fraktion, dieses Motiv zu verfestigen, wie die nachfolgenden beiden Beispiele illustrieren: Bei der Plenardebatte am 23. Oktober 2019 zur türkischen Besetzung von Teilen Syriens stellt Peter Kofod, Fraktionsmitglied und Abgeordneter der Dänischen Volkspartei (DF), in seinem Redebeitrag das Szenario einer „Überschwemmung wie 2015“ in den Raum.³⁰ Es drohe eine Situation, wo „Terroristen [...] zu Weihnachten nach Europa kommen, wo die europäischen Bürger dann wieder um ihr Leben fürchten müssen auf den Weihnachtsmärkten“.³¹ Auch hier wird eine Wertebedrohung von Christen durch den Islam identifiziert. Auffällig ist zudem, dass die Situation der armenischen und assyrischen Christen in Syrien, die sich aufgrund der türkischen Besatzung bedroht sehen, nicht adressiert wird. Dies legt nahe, dass christliche Identität nicht als universalistisches, sondern vielmehr ethnisch geprägtes Konstrukt gedacht wird.

Eine ähnliche Stoßrichtung weist der Entschließungsantrag der ID-Fraktion vom 24. Oktober 2019 zur Situation der Menschenrechte in Indonesien auf. Während die Verschärfung des indonesischen Strafrechtes und Stärkung der islamischen Rechtsprechung von allen Parlamentsfraktionen kritisiert wird, ging die ID-Fraktion einen Schritt weiter und machte einen globalen Trend hin zu einer Islamisierung von Rechtssystemen aus.³² Im Zuge der parlamentarischen Aussprache stellt AfD-Abgeordneter Gunnar Beck zudem einen Bezug zu Europa her. „Dank Frau Merkel nun aber kommt die Welt nach Europa“,³³ so Beck, und bringe ihre Wertekonflikte, in diesem Fall eine mangelnde Akzeptanz säkularer Rechtsprechung, mit sich.³⁴

Mit Blick auf die parlamentarische Arbeit der ID-Fraktion zeichnet sich nicht zuletzt die Dynamik ab, dass Programmatik und Anträge tendenziell von einer taktischen Mäßigung geprägt sind, während Redebeiträge und insbesondere auch Social-Media-Posts auf eine stärkere Polarisierung setzen. Prononciert zeigt sich dies am Beispiel der Debatte um den EU-Beitrittsprozess von Albanien und Nord-Mazedonien. Die ID-Fraktion lehnt einen Beitritt dieser Staaten strikt ab. Im entsprechenden Entschließungsantrag rekurriert sie dabei vor allem auf strukturelle Probleme des Landes und identifiziert rechtsstaatliche Defizite, Korruption und Organisierte Kriminalität als Hindernisse für einen Beitritt.³⁵ In den Social-Media-Kanälen hingegen wird das mehrheitlich muslimisch geprägte Albanien als „Narco-Staat“ und islamistisch unterwanderter „Vasallenstaat“ des türkischen Präsidenten Erdogan charakterisiert.³⁶

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Narrativ einer durch den Islam bedrohten christlichen Identität Europas erstens in der politischen Kommunikation der ID-Fraktion, die sich durch eine Tendenz zur Polarisierung auszeichnet, eine zentrale Rolle einnimmt und zweitens auch zur Einordnung und Interpretation von Sekundärthemen herangezogen wird.

Geld oder (Identitäts-)Liebe?

Die ideologischen Zentrifugalkräfte, die eine dauerhaft erfolgreiche Einigung rechter Parteien im EU-Parlament in der Vergangenheit verhindert haben, bestehen weiterhin fort. Dies illustriert ein Blick auf die Debatte um die Etablierung eines Europäischen Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der ökonomischen Folge der Covid-19-Pandemie. Nachdem sich der Rat auf ein Hilfspaket verständigt hatte, trat das Parlament am 21. Juli 2020 zusammen. Bei der Aussprache wurde deutlich, dass ein Großteil der in der ID-Fraktion vertretenen Parteien das Instrument strikt ablehnt und sich für eine frugilere EU mit einem geringeren Grad an finanzpolitischer Integration ausspricht.³⁷

Der Ko-Vorsitzende der ID-Fraktion, Nicolas Bay (RN), kritisiert etwa die fehlende Beteiligung des Parlaments an den Verhandlungen, fokussiert dann aber auf einen nationalen Aspekt, als er beklagt, dass Macron gegen die Interessen Frankreichs handle.³⁸ Der EU-Parlamentarier Georg Mayer (FPÖ)³⁹ lehnt die Einigung des Rates als ersten Schritt in eine europäische Schuldenunion ab, eine ähnliche Stoßrichtung zeigt sich auch in der Argumentation von Tom Vaudendriessche (Vlaams Belang).⁴⁰ Jaak Madison

Eine dauerhafte Einigung der rechten Parteien im Europaparlament zeichnet sich derzeit nicht ab.

(EVV) stellt der Frugalität der Nordstaaten eine aus seiner Sicht disziplinierte Haushaltspolitik anderer, von ihm nicht namentlich genannter Staaten, gegenüber, was die Krise überhaupt erst befeuert habe.⁴¹ Gunnar Beck (AfD) spricht schließlich von einem „Coup d'état“ und einem „Freiheitsverlust durch Berlin und Brüssel“.⁴²

Eine hiervon abweichende Positionierung nimmt hingegen die Lega vor. Deren Vorsitzender Salvini beklagt, dass der Wiederaufbaufond eine Rückkehr zur Austerität markiere und die Mittelausschüttung an Italien zu gering ausfalle.⁴³ Sein Parteikollege, EU-Parlamentarier Marco Campomenosi, befürchtet eine drohende Kürzung der italienischen Renten,⁴⁴ während Antonio Maria Rinaldi (Lega) darauf verweist, dass Italien in der EU weiterhin Nettobeitragszahler bleiben werde und seine Unternehmer und Bürger durch die Abgabenlast „in die Knie gezwungen“ würden.⁴⁵

**Auch auf der wirtschafts-
politischen Ebene
besteht kein Konsens.**

An dieser Stelle wird deutlich, dass innerhalb der ID-Fraktion auf wirtschaftspolitischer Ebene nicht zu unterschätzende Differenzen vorherrschen.⁴⁶ Da die Lega 29 der 76 in der Fraktion vertretenen Parlamentarier stellt, bergen diese auch ein hohes Konfliktpotenzial. Im Zuge der sich aktuell abzeichnenden starken Rezession⁴⁷ ist zudem damit zu rechnen, dass wirtschaftspolitische Themen wieder an Salienz gewinnen. Für die innere Geschlossenheit der ID dürfte sich dies künftig als Herausforderung erweisen.

Hinzu tritt, dass nationale Partikularkonflikte ebenfalls weiterhin fortbestehen und für die Parteien der ID-Fraktion Konfliktpotenzial bergen. Exemplarisch zeigt sich dies anhand der Querelen zwischen der AfD und der tschechischen SPD. Die AfD fordert eine Rücknahme der im Zuge des Zweiten Weltkrieges erlassenen so genannten Beneš-Dekrete,⁴⁸ mit denen der deutschen Minderheit in der damaligen Tschechoslowakei die tschechische Staatsbürgerschaft entzogen und das Vermögen enteignet wurde. Die SPD lehnt indes einen solchen Schritt kategorisch ab. Eine offene Eskalation dieses Konfliktes ist bis dato noch nicht eingetreten. Das Verhältnis zwischen den beiden Parteien ist jedoch unterkühlt und die AfD blieb dem großen EU-Wahlkampfauftakt der SPD in Prag – anders als Marine le Pen oder Geert Wilders – demonstrativ fern.⁴⁹

Perspektiven und Mobilisierungspotenzial der ID-Fraktion

Trotz kleinerer Unterschiede in der Konstruktion von Selbst- und Feindbildern scheint es sich bei der Selbstvergewisserung einer „christlichen (Staats-)Identität“, die durch den Islam bedroht werde, um ein verbindendes Element zwischen den rechten Parteien Europas zu handeln. Dieser ideologische Kitt erwies sich aber nicht als ausreichend, um das selbstgesteckte Ziel – die Schaffung einer rechten Fraktion mit einem Drittel der Abgeordneten in der neunten Legislaturperiode des EU-Parlaments – zu erreichen. Nichtsdestoweniger ist es den Rechten gelungen, die viertgrößte Fraktion im Parlament zu bilden. Sie nutzen den parlamentarischen Prozess zudem, um das Narrativ einer Bedrohung des christlichen Abendlandes durch den Islam nach außen zu kommunizieren und mit Sekundärthemen zu verknüpfen.

Gleichzeitig spiegelt die Debatte um die Etablierung eines europäischen Wiederaufbaufonds die weltanschaulichen Differenzen zwischen den rechten Parteien mit Blick auf zentrale, politische Fragestellungen wider. Einmal mehr zeigt sich an dieser Stelle, dass nationale Interessenlagen im Zweifel schwerer als ideologische Wahlverwandtschaften wiegen und die ideologischen Zentrifugalkräfte der Vergangenheit längst nicht überwunden sind.

Im Zuge einer sich durch die Covid-19-Pandemie eintrübenden Konjunktur ist darüber hinaus zu antizipieren, dass wirtschaftspolitische Fragestellungen die Agenda in der Europäischen Union künftig noch stärker dominieren werden, was weltanschauliche Sollbruchstellen zwischen den rechten Parteien potenziell offenlegen und das Mobilisierungspotenzial des religiös begründeten Kulturkampfnarratives schwächen könnte. Denkbar ist jedoch ebenfalls, dass externe Schocks – wie beispielsweise ein terroristischer Großanschlag oder ein starker Anstieg an irregulärer Migration in die EU – auch in Zukunft einen fruchtbaren Resonanzboden für das Motiv einer Wertebedrohung des christlichen Abendlandes durch den Islam schaffen könnten.

**Ideologischer Kitt
ist die Ablehnung
des Islams.**

Anmerkungen

- 1 Vgl. Meiler, Oliver: Rechter Gipfel ohne Strache, in: Süddeutsche Zeitung, 19.5.2019, Online-Ausgabe. Alle im Beitrag verwendeten Online-Quellen wurden am 11.8.2020 zuletzt geprüft.
- 2 von Ondarza, Nicolai / Schenuit, Felix: Schatten über den Europawahlen, in: SWP-Aktuell 58/2018, S. 2, online.
- 3 Vgl. Ebd., S. 3; vgl. Hrbek, Rudolf: Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019-2024, in: Integration 3/2019, S. 180.
- 4 Vgl. Albrecht, Jan Philipp / Peter, Tobias: Rechtsradikale Parteien im Europäischen Parlament, eine strategische Zwischenbilanz, in: Strategien der extremen Rechten, hrsg. von Stephan Braun u. a., Wiesbaden 2016, S. 130-132; vgl. Stöss, Richard: Europa rückt weiter nach rechts, Paper August 2019, S. 23-25, online; vgl. Hartleb, Florian: Rechter Populismus in der EU, keine einheitliche Bewegung trotz wachsender Euroskepsis, in: Integration 4/2011, S. 346 f.
- 5 Vgl. Hartleb: Rechter Populismus, S. 346.
- 6 Vgl. Europäisches Parlament: Europäisches Parlament 2014-2019, scheidendes Parlament, April 2019, online.
- 7 Vgl. Spengler, Franz / Bauer, Bence: Reaktionen aus Ungarn auf die Suspendierung von Fidesz, Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2019, S. 1 f., online; vgl. Europäisches Parlament: Europäisches Parlament 2014-2019, online.
- 8 Der Fokus des nachfolgenden Beitrags soll auf der Anschlussfähigkeit dieser ideologischen Selbst- und Fremdentifikationen innerhalb der europäischen Rechten liegen. Eine kritische Auseinandersetzung mit und Dekonstruktion der Selbstwahrnehmung rechter Parteien als Verteidiger eines „europäischen Abendlandes“ gegen eine „islamische Invasion und Wertebedrohung“, um nur zwei besonders prävalente Topoi zu nennen, erfolgt in weiteren Beiträgen dieser Publikation.
- 9 Vgl. Pickel, Gert: Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 295.
- 10 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa, Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung, in: WSI-Mitteilungen 8/2017, S. 564; vgl. Zulehner, Paul M.: Zum Rechtspopulismus in Europa, Gründe und Gegenstrategien, in: AfD, Pegida und Co.: Angriff auf die Religion, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Freiburg im Breisgau 2017, S. 15-19; vgl. Pickel: Religion als Ressource, S. 298, 306.

- ¹¹ Vgl. Schwörer, Jakob: Right-Wing Parties as Defenders of Christianity? The Case of the Italian Northern League, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 395-397; vgl. Abertazzi, Daniele u. a.: „No regionalism please, we are Leghistil!“ The transformation of the Italian Lega Nord under the leadership of Matteo Salvini, in: Regional and Federal Studies 28/2018, S. 657, 661.
- ¹² Vgl. Kempin, Ronja: Der Front National, Erfolge und Perspektiven der „stärksten Partei Frankreichs“, Paper Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017, S. 9-12, 19; vgl. Bizeul, Yves: Die religiöse Dimension im Denken und Handeln der französischen Rechtspopulisten, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 367-379.
- ¹³ Vgl. Althoff, Andrea: Right-wing populism and religion in Germany: Conservative Christians and the Alternative for Germany (AfD), in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 344-354.
- ¹⁴ Vgl. Hidalgo, Oliver u. a.: Religion und Rechtspopulismus, Argumentation Kompakt 03/2019, S. 4, online.
- ¹⁵ Vgl. Heinze, Anna-Sophie / Rakers, Julia: Die Wahl zum Finnischen Parlament 2019, Paper der Stiftung Mercator, 2019, S. 7 f, online; vgl. Tomson, Danielle Lee: The Rise of the Swedish Democrats, Islam, Populism and the End of Swedish Exceptionalism, Paper Brookings, 25.3.2020, online; vgl. Muller, Robert / Lopatka, Jan: Far-Right scores surprise success in Czech Election, Reuters, 21.10.2017, online.
- ¹⁶ Vgl. Boras, Piotr / Vegh, Zsuzsanna: Stop, Brüssel! Polen und Ungarn in der Europäischen Union, in: Osteuropa 68/2018, S. 104, 106; vgl. Mendelski, Bruno: The Rhetoric of Hungarian Prime Minister Victor Orbán, in: The Palgrave Handbook on Ethnicity, hrsg. von Steven Ratuva, Basingstoke 2019, S. 1838-1845.
- ¹⁷ Vgl. Püttmann, Andreas: Was ist die AfD, und wie als Kirche mit ihr umgehen, in: AfD, Pegida und Co.: Angriff auf die Religion, hrsg. von Stefan Orth und Volker Resing, Freiburg im Breisgau 2017, S. 44 f.
- ¹⁸ Vgl. Henning, Anja: Political Genderphobia in Europe, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2/2018, S. 207; vgl. Berg, Lynn: Between Anti-Feminism and Ethnicized Sexism, Far-Right Gender Politics in Germany, in: Post-Digital Cultures of the Far Right, hrsg. von Maik Fielitz und Nick Thurston, Bielefeld 2019, S. 82-84.
- ¹⁹ Stöss: Europa rückt weiter nach rechts, S. 2.
- ²⁰ Vgl. Europäisches Parlament: Die sieben Fraktionen des Europäischen Parlaments, 2.7.2019, aktualisiert am 2.3.2020, online; Euractiv: Brexit Redraws European Parliament Battle Lines, 28.1.2020, online; vgl. Hrbek: Europawahl 2019, S. 175-176.

- 21 Vgl. Europäisches Parlament: Briefing, April 2018, S. 2, online; vgl. Europäisches Parlament: Aufschlüsselung nach Nationalen Parteien und Fraktionen, 2014-2019, scheidendes Parlament, online; vgl. Europäisches Parlament: Aufschlüsselung nach Nationalen Parteien und Fraktionen, 2019-2024, konstituierende Sitzung, online.
- 22 Vgl. Hegedüs, Daniel: Can the Right in East and West unite, Paper International Politics and Society, 27.5.2019, online.
- 23 Vgl. Hrbek: Europawahl 2019, S. 180 f.
- 24 Vgl. Reuters: Neue Rechtsfraktion ohne polnische PiS und Farage's Brexit-Party, in: Die Zeit, 5.6.2020, Online-Ausgabe.
- 25 Vgl. Klapsis, Antonis: An Unholy Alliance, Paper Wilfried Martens Centre for European Studies 2015, S. 18, 29-34, online; vgl. Boras / Vegh: Stop, Brüssel, S. 108 f, 113.
- 26 Vgl. Schulz, Florence: Nach der EU-Wahl, wie stark ist der Rechtspopulismus jetzt, in: Euractiv, 4.6.2019, Online-Ausgabe; vgl. Rappold, Julian / Wunsch, Natasha: Keine Entwarnung nach der Europawahl: Der Einfluss EU-skeptischer Kräfte geht über das Europäische Parlament hinaus, in: DGAP kompakt 12/2019, S. 2 f, online.
- 27 Vgl. Schulz: Nach der EU-Wahl.
- 28 Europäisches Parlament: Anlage 3, Erklärungen zur Bildung der Fraktionen, 4.7.2019, online.
- 29 Vgl. Ebd.
- 30 Vgl. Europäisches Parlament: Plenartagung, 28.10.2020, ab 10:53:50, online.
- 31 Ebd., ab 10:54.
- 32 Vgl. ID-Fraktion: Motion for a Resolution on the proposed new Criminal Code of Indonesia, (2019/2881(RSP)), 22.10.2010, online.
- 33 Europäisches Parlament: Plenartagung, 24.10.2020, ab 11:34:48, online.
- 34 Vgl. Ebd., ab 11:34.
- 35 Vgl. ID-Fraktion: Entschließungsantrag zu der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien, (2019/2883(RSP)), 22.10.2019, online.
- 36 Vgl. Identité et Démocratie Parti: Stop à l'élargissement de l'union européenne, 2019, online.
- 37 Vgl. Steinvorth, Daniel: Zu viel Geld oder zu wenig? Europas Rechtspopulisten sind sich uneinig, in: NZZ, 27.7.2020, Online-Ausgabe.
- 38 Vgl. European Parliament: Plenary, 23.7.2020, ab 10:22, online.
- 39 Vgl. Ebd., ab 11:35.
- 40 Vgl. Ebd., ab 11:49.

⁴¹ Vgl. Ebd., ab 11:06.

⁴² Vgl. Ebd., ab 11:20.

⁴³ Vgl. Steinvorth: zu viel Geld oder zu wenig, Online-Ausgabe.

⁴⁴ Vgl. European Parliament: Plenary, 23.7.2020, ab 10:48.

⁴⁵ Vgl. Ebd., ab 12:10.

⁴⁶ Vgl. Hegedüs: Can the Right in East and West unite, online.

⁴⁷ Vgl. Europäische Kommission: Wirtschaftsprognose Sommer 2020, noch tiefere und uneinheitlichere Rezession, 7.6.2020, online.

⁴⁸ Vgl. Kittel, Manfred / Möller, Horst: Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 54/2006, S. 543-546.

⁴⁹ Vgl. Schmidt, Hans-Jörg: Mit der AfD hat der tschechische Rechtsextreme ein großes Problem, in: Die Welt, 27.4.2019, Online-Ausgabe.